

A n t r a g

**der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP,
FREIE WÄHLER**

Demokratieland Rheinland-Pfalz

Der Landtag stellt fest:

Das Land Rheinland-Pfalz ist Demokratieland. Von den frühen Versuchen der Demokratisierung im heutigen Deutschland fanden die frühesten Versuche auf dem Gebiet von Rheinland-Pfalz statt. Mit der Mainzer Republik und der Bergzaberner Republik entstanden hier – unter dem Eindruck der Französischen Revolution – erste kurzlebige Staaten, die sich den Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verschrieben hatten. Beflügelt von der Aufklärung wollten die Menschen in der Pfalz und am Rhein eine neue Ordnung für ihr Zusammenleben: Sie wollten Bürgerinnen und Bürger, nicht länger Untertaninnen und Untertanen sein.

Dass diese Ideen nicht mehr aus den Köpfen der Menschen verschwanden, zeigte das Hambacher Fest sehr deutlich. Auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz organisierten die demokratisch gesinnten Kräfte 1832 in Hambach eine der größten Massendemonstrationen für Einheit, Freiheit und Volkssouveränität. Das Hambacher Fest ist weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Als leuchtendes Symbol steht es für die Überwindung der Fesseln und die Erringung gleicher Rechte für alle Menschen.

Der Landtag stellt fest, dass sich Rheinland-Pfalz aufgrund seiner reichhaltigen und bedeutenden Demokratiegeschichte künftig als Land der Demokratie positionieren soll.

Die Förderung und Sichtbarmachung der langen Demokratiegeschichte in unserem Bundesland ist auch angesichts der heutigen Herausforderungen wichtig. Fragen nach demokratischer Teilhabe sowie moderner Bürgerschaft und Menschenrechten sind auch heute noch zukunftsweisende Fragestellungen.

Seit dem Hambacher Fest hat sich aber auch gezeigt, dass erkämpfte demokratische Rechte nicht selbstverständlich sind. Der Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 forderte auch in Rheinland-Pfalz viele Opfer. Das verpflichtet uns umso mehr aus dieser Erfahrung zu lernen und festzustellen, dass um Demokratie stetig gerungen werden muss. Heute steht sie weltweit unter Druck und wird durch Gewalt und Desinformation, insbesondere autoritärer Systeme bedroht. Die Verteidigung unseres freiheitlichen und demokratischen Erbes gegen autoritäre und nationalistische Strömungen ist von zentraler Bedeutung und muss von allen staatlichen Ebenen und einer engagierten Öffentlichkeit getragen werden.

Zugleich ermöglicht der Rückblick auf unsere Geschichte, die Komplexität und den Kampf sowie den Wert der Demokratie abzubilden und verständlich zu machen. Ein Rheinland-Pfalz, das sich als Land der Demokratie versteht, trägt zur Demokratiebildung und einer Stärkung der Zivilgesellschaft sowie der Demokratie und ihrer Institutionen bei und strahlt seine egalitäre Botschaft sowohl nach innen in unser Bundesland hinein als auch weit über dessen Grenzen hinaus.

Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt bereits seit vielen Jahren die Demokratieförderung im ganzen Land. Initiiert und gefördert durch die Landesregierung konnten wichtige Projekte wie das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz, das Bündnis „Demokratie gewinnt“ und das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) angestoßen und etabliert werden. Ein zentraler Akteur in den Bereichen Demokratiegeschichte

und Demokratiebildung ist die Landeszentrale für politische Bildung (LpB). Als unparteiische und überparteiliche Einrichtung befähigt die LpB durch ihre vielfältigen Veranstaltungsformate und Publikationen seit 1974 rheinland-pfälzische Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen, sich zu positionieren, zu engagieren und zu partizipieren. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Resilienz unserer Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Landesregierung hat zudem Programme, Kampagnen und Initiativen wie den Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus geschaffen, um die wehrhafte Demokratie in Rheinland-Pfalz zu festigen.

Dem Landtag Rheinland-Pfalz als zentraler Ort der Demokratie – als ihre parlamentarische Herzkammer – in unserem Bundesland und zugleich auch als einem bedeutenden Ort der Demokratiegeschichte, soll eine tragende Rolle in einer künftigen Strategie zur Sichtbarmachung von Rheinland-Pfalz als Land der Demokratie zukommen.

Für die notwendige Koordinierung und Vernetzung der verschiedenen Akteurinnen und Akteure auf Landesebene kann auf den vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration initiierten runden Tisch Demokratiegeschichte aufgebaut werden. Seit Anfang 2023 tauschen sich die Landesregierung, die Landeszentrale für politische Bildung, die Stiftung Hambacher Schloss sowie der Landtag im Rahmen des runden Tisches aus, um sich über aktuelle Projekte und Entwicklungen im Themenfeld Demokratiegeschichte abzustimmen, um Doppelstrukturen zu vermeiden.

Für eine nachhaltige Positionierung als „Land der Demokratie“ nach innen und außen ist die Erarbeitung einer Strategie durch interessierte Akteurinnen und Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft zielführend.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen ihres Aufgabenbereichs zu beauftragen, eine umfassende Landesstrategie zu entwickeln, die die Rolle von Rheinland-Pfalz als Land der Demokratie und seine reiche Demokratiegeschichte sichtbarer macht;
- die wissenschaftlichen Akteurinnen und Akteure der Demokratiegeschichtsforschung in Rheinland-Pfalz weiterhin zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass diese bei der Entwicklung der neuen Strategie eingebunden werden;
- auf Grundlage der neugeschaffenen Landesstrategie eine koordinierende Rolle zur Vernetzung der vielfältigen Orte der Demokratiegeschichte zu übernehmen. Dabei sollen die Kommunen, die dort wirkenden Akteurinnen und Akteure und das damit verbundene – häufig ehrenamtliche – Engagement mit einbezogen werden, um einen Überblick über die demokratiegeschichtlichen Aktivitäten in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen und regionale Netzwerke zu stärken;
- die Bedeutung der Demokratiegeschichte für die Gegenwart zu verdeutlichen und für eine moderne Demokratiebildung zugänglich zu machen;
- bei der Bearbeitung des Themas eine zeitgemäße Präsentation zu entwickeln. Das Thema Demokratiegeschichte soll auch online, beispielsweise mit virtuellen Ausstellungen, präsentiert werden. Hierzu kann auf das im Aufbau befindliche digitale Landesportal des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration zum kulturellen Erbe Rheinland-Pfalz zurückgegriffen werden;
- aktuelle Maßnahmen der Demokratieentwicklung, der Verteidigung und Stärkung der Demokratie und des damit verbundenen Pluralismus weiterzuführen und als „gelebte Demokratie“ zu stärken. Dies ist zugleich eine Verbindung des demokratischen Erbes mit den Fragestellungen der modernen Gesellschaft wie auch eine Verpflichtung daraus;
- die Vernetzung mit dem Bund beim Thema Demokratiegeschichte weiterzuentwickeln, um an bundesweite Initiativen anzuknüpfen.

Begründung:

Die Demokratiegeschichte auf dem Gebiet des Bundeslandes Rheinland-Pfalz hat früh begonnen, sich gegen Widerstände in historischen Räumen und Situationen entwickelt und läuft stetig fort.

Politische Handlungsimpulse kamen 1789, 1830 und 1848 aus Frankreich und trafen am Rhein auf historische Räume und Situationen deutscher Kultur und föderativer Gliederung.

Lebensweltliche und politische Entscheidungsgewalt war zunächst nur Männern vorbehalten. Die Fortentwicklung des demokratischen Institutionalismus öffnete den demokratischen Raum für alle Menschen – unabhängig von ihren sozioökonomischen Verhältnissen.

Die Konkretisierung der Menschenrechte als Rechte von Bürgerinnen und Bürgern in staatlichen Gemeinwesen wurde und wird über Verfassungen in Gesetzgebungen umgesetzt. Der demokratische Begriff von Volkssouveränität baut dabei auf dem Vorbild von Bürgerinnen und Bürgern auf, die bereit sind, sich über das Gemeinwohl zu verständigen. Als institutioneller Rahmen dient dazu das System der Gewaltenteilung.

Reaktionäre Kräfte innerhalb der Ständegesellschaft, wie Adel und Militär, bekämpften die demokratischen Aufbrüche. Es kam immer wieder zu Krieg und Gewalt, zu Rückschlägen und Kompromissen, zu biografischen Brüchen und Neuorientierungen und zum Versuch reaktionärer Sieger, die demokratischen Impulse zu unterdrücken. Hier setzt demokratiegeschichtliche Erinnerungskultur an.

Die Neugründung von Rheinland-Pfalz knüpfte und knüpft bewusst an der rheinischen Demokratiegeschichte an. In der im Koblenzer Theater erarbeiteten Landesverfassung, die am 18. Mai 1947 in einer Volksabstimmung beschlossen wurde, beschreiben die ersten beiden Kapitel Freiheits- und Gleichheitsrechte. In der Präambel wird auf die Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit hingewiesen. Die Hambacher Fahne im Mainzer Landtag erinnert an den politischen Aufbruch von 1848/49. In der Koblenzer Rittersturzkonferenz vom Juli 1948 stieß die USA die Bildung eines westdeutschen Staates an.

Dass wir heute in einer Demokratie leben, ist nicht selbstverständlich. Dazu braucht es Erinnerung an die Entstehungsgeschichte, ein Verständnis für Leitbegriffe und Institutionen sowie lebensweltliche Begegnungsräume, in denen Demokratie mit Kopf, Herz und Hand vor Ort immer wieder erfahrbar wird. Für eine demokratische Identitätsbildung von Rheinland-Pfalz ist daher ein Prozess notwendig, der die Selbstwahrnehmung eines historischen Raumes zwischen nationalen Machtzentren und seine daraus folgende Motivation zu demokratischer Verständigung auf europäischer und globaler Ebene herausarbeitet, die diesbezüglichen Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Regionen erforscht und benennt sowie Demokratie als Auftrag zur Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung versteht. Dazu gibt es bereits zahlreiche Initiativen im Land, die weiter vernetzt werden müssen, sowie Kooperations- und Förderungsmöglichkeiten auf Bundesebene.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
der CDU:
Martin Brandl

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Carl-Bernhard von Heusinger

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion
FREIE WÄHLER:
Stephan Wefelscheid